

Spanien: Hält die Verbindung der SozialistInnen mit den PopulistInnen?

Dave Stockton, Infomail 1078, 25. November 2019

Die

Parlamentswahlen vom 10. November, die zweiten in diesem Jahr und die vierten seit 2015, haben wieder einmal ein instabiles Parlament ohne absolute Mehrheit für eine Partei hervorgebracht. Sie markierten auch einen Rechtsruck, so wie bei den Wahlen im April ein Linksruck stattgefunden hatte. Dies ist unvermeidlich, wenn die reformistischen Parteien der Linken ein Ergebnis verplempern und ihre opportunistische Linie, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, fortsetzen.

Katalonien und

die Forderung der EU nach anhaltender Sparpolitik werden über einem neuen Ministerium wie ein Damoklesschwert hängen. Unterdessen sollte der Aufstieg der extremen Rechten, in Form von Santiago Abascals Vox, die immer noch mächtigen linken Kräfte im spanischen Staat anspornen, aufzustehen und zu erkennen, dass direkte Massenaktionen, der Klassenkampf auf den Straßen und an den Arbeitsplätzen, der einzige Weg sind, eine Katastrophe zu vermeiden.

Pedro Sánchez'

Sozialistische Partei PSOE ist mit 120 Sitzen immer noch die größte Partei im Kongress und hat beschlossen, eine Koalition mit Pablo Iglesias' Unidas Podemos, UP, zu bilden, obwohl Sánchez dies seit den Wahlen im April vermieden hatte. Jetzt, da die PSOE jedoch 3 Sitze und UP 7 verloren und Vox ihre Sitze mehr als verdoppelt hat, von 24 auf 52, sieht Sánchez keine Alternative.

Aber auch

gemeinsam wissen die beiden Parteien nur 155 Mitglieder des Kongresses hinter sich, und 176 Sitze werden für eine absolute Mehrheit benötigt. Darüber hinaus verfügt die PSOE über einen bedeutenden rechten Flügel, der die Idee einer Verbindung mit Podemos verabscheut und sich ein Bündnis mit Parteien der Rechten oder rechten Mitte wie Ciudadanos (BürgerInnen) gewünscht hätte. Diese Option verflüchtigte sich mit dem Zusammenbruch von Ciudadanos von 57 auf nur 10 Sitze. Ihr Führer und Gründer, Albert Rivera, legte nicht nur seine Parteimitgliedschaft, sondern auch seinen Sitz im Parlament nieder, um ins Privatleben zurückzukehren.

Eine Ehe im Himmel ... oder in der Hölle?

Die

theatralische Umarmung, mit der Sánchez und Iglesias ihren Regierungspakt feierten, war offensichtlich von Iglesias' Seite her herzlicher. Gegen den Widerstand sowohl von Sánchez als auch von der antikapitalistischen Linken in Podemos hatte er sich für einen Vorwahlpakt mit der PSOE eingesetzt. Jetzt ist klar, dass er bereit ist, mit der PSOE den ganzen Weg zu gehen.

„Sánchez weiß,
dass er auf unsere absolute Loyalität zählen kann. Es ist an der Zeit, alle Kritikpunkte hinter sich zu lassen ... und Seite an Seite an der historischen und spannenden Aufgabe zu arbeiten, die vor uns liegt.“ Seine Ausrede für das Abstreifen der früheren ätzenden Kritik von Podemos war, dass eine von PSOE und Podemos geführte Regierung „der beste Impfstoff gegen die extreme Rechte“ sein würde.

Der hohe Preis,
der gezahlt werden müsste, um Vizepremier zu werden, war im September klar. Damals sagte Iglesias, wenn der Oberste Gerichtshof eine schwere Strafe gegen die katalanischen UnabhängigkeitsführerInnen verhängen würde: „Offensichtlich haben wir bereits gesagt, dass wir, obwohl wir eine Position des Dialogs bezogen, das Gesetz und die Führungsposition der PSOE akzeptieren werden“.

Kein Wunder,
dass Sánchez nach ihrer Umarmung sagte: „Danke für die Großzügigkeit.“

Beide Führer
läuteten die Bedeutungsveränderungen für das Wort „progressiv“ ein. Sánchez betonte: „Es wird in jedem Fall eine progressive Regierung sein. Eine progressive Regierung, die aus fortschrittlichen Kräften besteht, die sich für den Fortschritt einsetzen werden.“

Iglesias
seinerseits schwärmte: „Ich freue mich, heute zusammen mit Pedro Sánchez bekanntzugeben, dass wir eine vorläufige Einigung über die Bildung einer fortschrittlichen Koalitionsregierung erzielt haben, die die Erfahrung der PSOE mit dem Mut von Unidas Podemos verbindet“.

Doch selbst dann
wird diese Koalition im 350-sitzigen Kongress, der unteren Kammer der Cortes, des spanischen Zweikammersystems, keine Mehrheit finden.

Sowohl die
SozialistInnen als auch Podemos wurden durch die Wahl tatsächlich geschwächt. Die Partei von Iglesias litt unter der Konkurrenz durch ihren Mitbegründer und Hauptideologen Íñigo Errejón. Seine Partei Más País, (Mehr Land), die Podemos-IU bereits bei den Madrider Stadtwahlen im Mai niedergedrückt hatte, gewann im November drei Sitze. Errejón begrüßte auch den Koalitionsvertrag und sagte, seine drei Abgeordneten würden für die Amtseinsetzung von Pedro Sánchez im Kongress stimmen.

Tatsächlich war
die Seifenblase der linken PopulistInnen, die Idee, dass sie sowohl die PSOE als auch die rechte Partido Popular, PP, die Parteien von la Casta, die Kaste, wie sie das korrupte politische Establishment nannten, hinwegfegen könnten, längst zerplatzt. In den vergangenen sechs Monaten hatte Sánchez Iglesias' Aufruf zur Bildung einer Koalition abgelehnt und gesagt, dass ihm der bloße Gedanke Alpträume bescherte. Alptraum für den einen - ist ein Traum für den anderen wahr geworden? Wir werden es in den kommenden Monaten sehen.

Katalonien, das größte Hindernis

In ihrer Koalitionsvereinbarung erklären die beiden linken Parteien: „Die spanische Regierung wird der Gewährleistung des sozialen Friedens in Katalonien und der Normalisierung des politischen Lebens Priorität einräumen. Zu diesem Zweck wird sie den Dialog in Katalonien organisieren und nach Formulierungen suchen, die zu einem gemeinsamen Verständnis und zur Versöhnung führen, immer im Rahmen der Verfassung.“

Die gemeinsamen Versprechen von Dialog und Gehorsam gegenüber der Verfassung stehen im Mittelpunkt der widersprüchlichen Lage, der sich die RegierungspartnerInnen gegenübersehen.

Um seine Amtseinführung sicherzustellen und eine Regierung zu bilden, braucht Sánchez die Unterstützung der regionalen nationalistischen Parteien. Die Baskische Nationalpartei hat 6 Sitze und die EH Bildu, Baskenland versammelt, fünf. Selbst mit ihrer Unterstützung reicht dies nicht aus, um eine stabile Regierung zu bilden. Sánchez braucht die KatalanInnen oder zumindest die größten ihrer Gruppen. Hier stellt reaktionäre Tradition der PSOE, die Partido Popular und die Verfolgung und Unterdrückung der Unabhängigkeitsparteien, die nun 23 Sitze im Kongress einnehmen, durch den Obersten Gerichtshof zu unterstützen, die Partei vor ein Dilemma.

In Katalonien gibt es die beiden wichtigsten nationalistischen Parteien, die Esquerra Republicana, Republikanische Linke von Katalonien-Souveränität, ERC-S, mit 13 Sitzen und Junts pro Katalonien, Gemeinsam für Katalonien, JxCat, mit 8. Die Esquerra möchte eindeutig eine PSOE-U-Podemos-Regierung unterstützen, hat aber unter dem Druck von JxCat die Bedingung gestellt, dass die Koalition eine moderierte Diskussion mit den katalanischen Parteien auf die Tagesordnung setzt. Sánchez hat es oft abgelehnt, dass die Selbstbestimmung auf der Tagesordnung steht. Darüber hinaus führt Esquerra eine Abstimmung ihrer Mitglieder zu diesem Thema durch, und die linke CUP mit zwei Sitzen will eine einheitliche Front, um jegliche Verhandlungen mit Sánchez abzulehnen.

Zur Zeit sind weder die PSOE noch die U-Podemos bereit, den Zorn des Obersten Gerichtshofs oder ihres eigenen rechten Flügel zu riskieren, indem sie den KatalanInnen etwas Wesentliches anbieten. Selbst wenn sie es täten, würde die reaktionäre Justiz des spanischen Staates schnell eingreifen und dies für verfassungswidrig erklären.

Carles Puigdemont, ehemaliger Präsident der Katalanischen Generalitat (Gesamtheit der politischen Selbstverwaltungsinstitutionen), bleibt im Exil, weil die Madrider Gerichte versuchen, ihn nach Spanien ausliefern zu lassen. Am 14. Oktober verurteilte der Oberste Gerichtshof von Madrid neun der für das Unabhängigkeitsreferendum verantwortlichen AnführerInnen und von Madrid im Oktober 2017 abgesetzten

MinisterInnen zu Gefängnisstrafen von 9 bis 13 Jahren.

Dazu gehören der

Vizepräsident Oriol Junqueras, Außenminister Raül Romeva und Innenminister Joaquim Forn. Zu ähnlichen Strafsätzen verurteilt wurden auch Carme Forcadell, Präsidentin des katalanischen Parlaments und die „zwei Jordis“, Jordi Sànchez von der katalanischen Nationalversammlung und Jordi Cuixart von Òmnium Cultural, deren Organisationen für die Massendemonstrationen und Streiks um das Referendum verantwortlich gemacht wurden.

Die Verkündung

dieser Urteile führte zu dreiwöchigen Massenprotesten mit gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Polizei und jungen DemonstrantInnen, die in den größten Städten Kataloniens Barrikaden errichteten. Ein Generalstreik brachte eine halbe Million Menschen auf die Straßen von Barcelona. Die Polizei feuerte Gummigeschosse ab und setzte Gaskanister und Wasserwerfer ein. Dutzende wurden verhaftet und verletzt.

Der derzeitige

Präsident der Generalitat, Quim Torra, verurteilte die Gewalt der DemonstrantInnen und forderte deren Einstellung. Pedro Sánchez weigerte sich jedoch, mit Torra zu sprechen, und behauptete, dessen Verurteilung sei nicht eindeutig genug. Damit setzte die PSOE ihre Linie fort, die polizeiliche Repression zu unterstützen und sich zu weigern, mit den katalanischen AnführerInnen zu verhandeln, wenn sie nicht auf die Hauptforderungen ihrer AnhängerInnen verzichteten.

Der Oberste

Gerichtshof erhöhte den Druck und rief Torra auf, am 18. November wegen „Ungehorsams“ vor ihm zu erscheinen, nämlich wegen seiner Langsamkeit, gelbe Bänder von öffentlichen Gebäuden zu entfernen, die Symbole der Solidarität mit den inhaftierten AnführerInnen der Unabhängigkeitsbewegung sind. Die RichterInnen konnten ihn verurteilen, damit er entlassen und vom Amt ausgeschlossen wird.

Auch wenn die

bürgerlichen katalanischen NationalistInnen es verabscheuen würden, den Weg zu einer rechten Koalition zu öffnen oder eine große Koalition aus PSOE und PPS zu sehen, könnten sie die Regierung kaum lange unterstützen, da ihre AnführerInnen im Gefängnis schmachten und die von Diktator Franco geschaffene Militärpolizei Guardia Civil regelmäßig auf DemonstrantInnen auf den Straßen von Barcelona, Girona, Lleida (Lérida) und Tarragona losging.

Andererseits ist

es sicher, dass der mächtige rechte Flügel der PSOE, wenn Sánchez versucht, sie zu begnadigen, geschweige denn dem Antrag auf ein legales Referendum über die Selbstbestimmung stattzugeben, sich auflehnen würde, um es zu verhindern. Ganz zu schweigen von den Eingriffen des Obersten Gerichtshofs und von König Felipe VI., der in der Verfassung die „unauflösliche Einheit und Beständigkeit“ des spanischen Staates verkörpert. Es gäbe auch die „Kleinigkeit“ der Massenmobilisierungen durch Vox und die extreme Rechte.

Die

Vox-Mitglieder sind offene BewunderInnen von Franco und seiner blutigen Unterdrückung, beschuldigen muslimische Migranten, hinter einer Welle von Bandenvergewaltigungen in Südspanien zu stecken, wollen alle secessionistischen Parteien ächten, die Autonomieregierung für Katalonien beenden und die Todesstrafe für Verrat, einschließlich des Strebens nach Unabhängigkeit, wiederherstellen. Der Aufstieg von Vox ist die spanische Version der rechtspopulistischen Welle in Polen, Italien, Frankreich, Ungarn, Deutschland und natürlich in Brexit-Großbritannien.

Kampf gegen die Sparpolitik

Seit der Großen

Rezession 2008 und der Staatsschuldenkrise ist Spanien wie andere Mittelmeerstaaten der Europäischen Union zu massiven Einschnitten bei den Sozialausgaben gezwungen und litt unter einer strafenden Arbeitslosigkeit, die 2013 auf einen Höchstwert von 26,95 Prozent stieg und bei der die Jugendarbeitslosigkeit 50 Prozent erreichte. Eine große Zahl junger SpanierInnen ist auf der Suche nach Arbeit in andere EU-Länder gegangen. Erst 2017 erreichte das spanische Bruttoinlandsprodukt das Niveau vor 2008, jedoch scheint sich das Wachstum nun wieder zu verlangsamen.

Die Vereinbarung

zwischen der PSOE und U-Podemos verpflichtet eine neue Regierung, an einer „ausgeglichenen Haushaltspolitik“ festzuhalten, bei der neue Sozialprogramme aus höheren Einnahmen bezahlt werden müssen. Das Wahlmanifest von Podemos hatte umfangreiche Regierungshaushalte zugesagt, um ein Jahrzehnt wilder Sparpolitik umzukehren. Da Brüssel eine strenge Finanzpolitik forderte und Spanien nach fünf Jahren der Erholung eine wirtschaftliche Verlangsamung erfuhr, bestand Sánchez darauf, in Gestalt der stellvertretenden Wirtschaftsministerin Nadia Calviño, einer ehemaligen hochrangigen Beamtin der Europäischen Kommission, die Geschicke in „sichere Hände“ zu übergeben, wie es die EU wünschte.

Ein weiteres

Dilemma ist die Forderung der beiden größten spanischen Gewerkschaftsverbände, der Comisiones Obreras, CCOO, ArbeiterInnenkommissionen, und der Unión General de Trabajadores, UGT, der Allgemeinen ArbeiterInnenunion, nach der Aufhebung der Arbeitsreform 2012 von PP-Premier Mariano Rajoy, die den Weg zu einem weiteren Rückgang der Reallöhne und unsicheren Teilzeit- und Zeitarbeitsverträgen für ArbeiterInnen, insbesondere für Jugendliche, ebnete. Vor allem auf dieser Basis ist die Arbeitslosigkeit auf rund 15 Prozent gesunken.

Es bedarf einer

massiven Mobilisierung der ArbeiterInnen, um eine Koalitionsregierung zu zwingen, den Forderungen der ArbeiterInnenschaft nachzukommen.

Für das Recht

auf Selbstbestimmung

Das derzeit

brennendste demokratische Recht ist das Recht der KatalanInnen auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf ein Referendum, das die Möglichkeit beinhaltet, sich vom spanischen Staat zu trennen. Bisher zeigen Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der katalanischen BürgerInnen trotz oder wegen der Repressionen aus Madrid dies nicht wünscht. Nur eine freie Abstimmung, bei der beide Seiten ohne Unterdrückung ihre Sache verfechten können, könnte dies entscheiden. Zu diesem Zweck sollten die Guardia Civil und alle „spanischen“ Polizeikräfte zurückgezogen und ein gleichberechtigter Zugang zu den Medien gewährleistet werden.

Es ist ein

Skandal, dass die PSOE den Obersten Gerichtshof und das bestehende verfassungsmäßige Verbot der katalanischen Selbstbestimmung unterstützt, und offenbart, wie weit von der Demokratie, geschweige denn vom Sozialismus entfernt die Partei ist und wie wenig sie das Vertrauen der ArbeiterInnen verdient, dass die Partei sie gegen die sozialen und wirtschaftlichen Angriffe des Großkapitals verteidigen wird. Obwohl Podemos die Definition Spaniens als plurinationalen Staat, die verfassungsmäßige Definition Kataloniens als Nation und das Recht auf ein Unabhängigkeitsreferendum unterstützt, behaupten die PopulistInnen ausweichend, dass dies nur beratend der Fall sein sollte.

Dennoch sollten

RevolutionärInnen sich nicht für die Abspaltung der autonomen Region einsetzen, es sei denn, eine Mehrheit hat ihren Willen dazu bekundet. Katalonien, als der am weitesten entwickelte Teil des spanischen Staates, ist keine wirtschaftlich ausgebeutete Kolonie oder Halbkolonie. Die NationalistInnen, die sich darüber beklagen, dass die Steuern der Region den unterentwickelten Teilen des spanischen Staates zugutekommen, zeigen lediglich ihren Appetit, ihre eigene Kapitalakkumulation zu maximieren.

Der Hauptgrund

für die Ablehnung der Unabhängigkeit besteht darin, dass sie die Einheit der ArbeiterInnenklasse auf der gesamten Halbinsel und sogar in Katalonien selbst schwächen würde, wo eine Mehrheit in soliden ArbeiterInnenklassengebieten gegen eine Trennung ist. Nicht zuletzt wird es den Kampf gegen die Überreste des Francoismus und des spanischen Imperialismus schwächen.

Neben der

nationalen Frage beinhaltet der Kampf für Demokratie die Notwendigkeit, das gesamte schmutzige Erbe der Franco-Diktatur zu beseitigen, das 1978 von den reformistischen Parteien im Moncloa-Pakt akzeptiert und in die Verfassung eingebettet wurde, einschließlich der Monarchie, des Senats und des Obersten Gerichtshofs. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) und die PSOE haben dieses Verfassungssystem mitverantwortet, und letztere hat es unter den Ministerpräsidenten Felipe González (1982-1996) und José Luis Zapatero (2004-2011) erhalten.

Dieser gesamte

reaktionäre Schrott muss weggefegt werden, aber dazu bedarf es revolutionärer

Massenaktionen, nicht nur Wahlen. Es sollten Wahlen zu einer souveränen verfassungsgebenden Versammlung abgehalten werden, die auf einem Verhältniswahlssystem ohne Mindestschwelle und mit Stimmen für alle Personen über 16 Jahre basieren. Die Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien sollten solche Wahlen überwachen und Kampagnen führen für eine ArbeiterInnenregierung auf der Grundlage der ArbeiterInnenorganisationen, die ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

Nicht zuletzt

mit dem Aufstieg von Vox besteht eindeutig die Notwendigkeit, andere demokratische Rechte zu verteidigen und zu erweitern, darunter das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch, Gleichstellung von LGBTQ+ und der Geschlechter auf staatlicher und regionaler Ebene. Es muss eine antifaschistische Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse, einschließlich Verteidigungsgruppen, gebildet werden, um ArbeiterInnen im Kampf oder MigrantInnen unter Beschuss zu schützen.